

Medienspiegel Woche 34 / 2016



HarmoS / Initiative / Abstimmung / Pro-Contra

Tagblatt, 26.8.2016

[Leserbriefe für einen HarmoS-Austritt](#) 1

Zürichsee-Zeitung, 27.8.2016

[Köllikers Loblied auf die Schule verhallt fast ungehört](#) 2

TVO, 22.08.2016

[St.Galler Regierung bläst zum Gegenangriff](#) 2

Facebook HarmoS-Ausstieg SG zur KLV-Umfrage 2015

[Über 80% der Lehrpersonen sind mit den HarmoS-Vorgaben nicht einverstanden](#) 3

Basisschrift / Lehrplan 21

RADIO TOP, 22.08.2016

[Einige Ostschweizer Schüler lernen bereits die Basisschrift](#) 4

Zumikon / ADL / Jahrgangsklassen

Zürichsee-Zeitung, 24.08.2016

[Zumikon schafft altersdurchmisches Lernen ab](#) 5

Sprachenstreit / Kantonshoheit / Berset Alain / Maire-Hefti Monika / Reynard Mathias / Buschor Ernst

NZZaS, 21.8.2016

[«Eine Abstimmung in der Sprachenfrage könnte verheerende Folgen haben»](#) 6

Tages-Anzeiger, 26.08.2016

[«Wir müssen eine Grenze ziehen»](#) 8

Ökonomisierung / Sponsoring / Unterrichtsmaterialien

Blick, 18.08.2016

[Lehrmittel von Coop, Nestlé und Co. Sponsoren stürmen die Schule](#) 12

Bosshard Carl / Beziehung / Lehrer / Lernen / Aggressivität / Klassenklima / Hattie John

Journal21.ch, 24.08.2016

[Bildung braucht Beziehung](#) 13

Tagblatt, 24. August 2016

Tagblatt-Podium zu Harmos

ST. GALLEN. Am 25. September entscheidet das St. Galler Stimmvolk über den Harmos-Austritt. Mit dem Harmos-Konkordat sollen Unterrichtsziele und Strukturen der Volksschule in den Kantonen vereinheitlicht und verbessert werden. Für die Befürworter der Initiative ist Harmos ein gescheitertes Zwangskonkordat. Die Gegner warnen vor einem Austritt: Ohne Harmos werde das Bildungssystem in Schiefelage geraten. Am Tagblatt-Podium vom Mittwoch, 31. August, diskutieren Regierungsrat Stefan Kölliker (SVP) und Erziehungsrat Urs Blaser (FDP) mit Kantonsrat Sandro Wasserfallen (SVP) und Heinz Herzog (Verein Starke Volksschule) über die Initiative. Türöffnung im St. Galler Pfalz Keller (mit Gratiswurst und Gratisgetränk) ist um 18.45 Uhr, die Diskussion startet um 19.30 Uhr. Der Eintritt ist frei. (red.)

Weitere Veranstaltungen: <http://harmos-ausstieg.ch/veranstaltungen/>

Tagblatt, 26.8.2016

Leserbriefe für einen HarmoS-Austritt

Vom Frühfranzösisch geblendet
Ausgabe vom 3. August 2016

HarmoS überfordert viele Schüler

Mit dem prägnanten Artikel lanciert das Tagblatt die Diskussion über die Abstimmungsvorlage «Ja zum Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat» vom 25. September 2016. Der Artikel führt vor Augen, dass im Kanton St. Gallen «lediglich» von der 5. bis 7. Klasse flächendeckend die französische Sprache unterrichtet wird, das heisst in den beiden letzten Jahren der obligatorischen Volksschule werden Realschüler vom Französischunterricht befreit. Offensichtlich hat der Kanton Einsicht und Erbarmen, etwas «schwächere» Oberstufenschüler von unnötigem Ballast zu befreien. Demgegenüber erliess der Erziehungsrat kürzlich die Weisung, in der Primarschule flächendeckend zwei zusätzliche Differenzierungslektionen zur Stärkung des Französischunterrichts einzusetzen. Aus diesen beiden Gegebenheiten schliesse ich folgendes: Der Kanton hat erkannt, dass der Französischunterricht eine Schere unter den Schülern öffnet, daher die zusätzlichen Differenzierungslektionen. Offensichtlich führte der Französischunterricht in den Primarschulen nicht zu den erhofften Resultaten; viele Primarschüler sind überfordert und verlieren dadurch ihre Lernmotivation. Der Kanton hat offensichtlich auch erkannt, dass es wenig Sinn macht, Realschüler auch noch in der Oberstufe mit Französischunterricht zu plagen. Das Erlernen von Fremdsprachen bedarf satter Grundlagen in der eigentlichen Unterrichtssprache, im Kanton St. Gallen also der deut-

schen Sprache. HarmoS fokussiert bereits zu einem Zeitpunkt auf den Fremdsprachenunterricht (ab einem Alter von 8 Jahren), in welchem nahezu kein Kind allein der Unterrichtssprache wirklich mächtig ist. HarmoS überfordert viele Schüler. Um sich von diesen Fremdsprachen-Fesseln zu befreien und die Zuständigkeit im Bildungswesen zurück in den Kanton St. Gallen zu holen, bedarf es dem Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat und somit einem Ja zur Einheitsinitiative.

Bruno Dudli
Kantonsrat SVP
Haldenwis 25, 9245 Sonnental

Umkämpfte Bildungsreform
Ausgabe vom 15. August 2016

An erster Stelle Deutsch lernen

Nicht die Initiativen der HarmoS-Ausstieg-Initiative wollen die Volksschule umkämpfen, sondern Regierungsrat Kölliker mit dem Lehrplan 21. Wie im Artikel richtig vermerkt wird, sind die Harmonisierungsvorgaben der Bundesverfassung in allen Kantonen längst erfüllt. Mit einem Ja zum Ausstieg öffnen die Stimmberechtigten den Weg für eine Volksschule, in der die Kinder wieder den Grundstock für ihr späteres Leben vermittelt bekommen. Der eigentliche Kindergarten, den HarmoS als «Vorstufe» in die Volksschule eingliedern will, muss erhalten bleiben. In der Primarschule sollen die Kinder an erster Stelle Deutsch lesen und schreiben sowie rechnen lernen, und zwar in einem von der Lehrerin oder dem Lehrer geführten und sinnvoll aufgebauten Klassenunterricht. Fremdsprachen kann ein Kind viel besser ler-

nen, wenn es vorher seine Muttersprache beherrscht. Einzig aus dieser pädagogisch begründeten Überlegung ist der Vorschlag entstanden, eine Fremdsprache auf die Oberstufe zu verlegen. Wer nicht will, dass die einst gute Schweizer Volksschule noch weiter heruntergewirtschaftet wird, stimmt deshalb am 25. September Ja zum HarmoS-Austritt.

Marianne Wüthrich
Kienbergerstr. 22, 9500 Wil

Mehr Mitsprache in Schulfragen

Nur 10 von 21 Deutschschweizer Kantonen sind Mitglied im HarmoS-Konkordat, das Konkordat ist damit gescheitert. Auch unsere Nachbarkantone Thurgau, beide Appenzell, Glarus, Graubünden und Schwyz sind nicht beigetreten, aus guten Gründen. Sie können nun pädagogisch sinnvolle Lösungen

25. September
ABSTIMMUNG
HarmoS-Austritt

suchen, wann zum Beispiel welche Fremdsprache am besten unterrichtet wird. Der Kanton St. Gallen muss heute noch obligatorisch bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen vermitteln, obwohl allgemein bekannt ist, dass die meisten Kinder damit überfordert sind und der Lerneffekt bei älteren Schülern grösser ist. Die wertvolle Lernzeit in der Primarschule würde besser verwendet für das Lernen der deutschen Sprache und anderer Fächer. Eine sinnvolle Abstimmung mit unseren Nachbarkantonen in der Fremdsprachenfrage ist erst möglich,

wenn wir aus dem HarmoS-Konkordat austreten. Wenn unbegründete Angstmache vor einem Austritt betrieben wird – ein Spin, der mittlerweile jedem bekannt ist – liegt der Verdacht nahe, dass die Argumente fehlen. Ein Austritt gibt uns wieder mehr Freiheit und demokratische Mitsprachemöglichkeiten, ohne dass die Harmonisierung durch den Bildungsartikel in der Bundesverfassung aufgegeben wird.

Gisela Liebe
Gallustr. 24, 9500 Wil

Nachbarn leben gut ohne HarmoS

Je mehr ich mich mit der Materie beschäftige, desto mehr kippte meine Überzeugung zugunsten der Initiative für den HarmoS-Austritt. Jedem Kind zwei Fremdsprachen in der Primarschule aufzuzwingen und die deutsche Rechtschreibung zu vernachlässigen, kann ich keinen Vorteil abgewinnen. Die laufend neuen Massnahmen des Bildungsdepartement zeigen, dass die aktuelle Situation unbefriedigend ist. Mit dem HarmoS-Austritt entledigen wir uns dieses Zwanges. Fünf von sieben Nachbarkantone leben bereits sehr gut ohne HarmoS.

Dass die Gegner der Initiative nun (auch in verschiedenen Tagblatt-Ausgaben) einen drohenden Eingriff des Bundes ins Feld führen, zeigt, dass es kaum sachliche Gründe für den Verbleib im HarmoS-Konkordat gibt. Der kürzliche Vorstoss von Bundesrat Berset zum Unterricht der Landessprachen unterliegt mehrfachen demokratischen Instanzen (inklusive möglichem Volksentscheid) und ihm

wurden von vielen Seiten kaum Chancen zugestanden.

David Gysel
Husen 416, 9246 Niederbüren

«Das sind reaktionäre Kreise»
Ausgabe vom 23. August 2016

Vorgetäuschte Einigkeit

Lehrer brauchen viel Mut, sich gegen das HarmoS-Konkordat und den neuen Lehrplan zu stellen. Dem Verein für eine starke Volksschule sind durchaus Lehrer bekannt, welche nicht einverstanden sind mit den weitreichenden Reformen der letzten Jahre, welche den Lehrplan vorweggenommen haben und jetzt mit Nachdruck umgesetzt werden müssen. Zudem geschieht mit einem Austritt aus dem HarmoS-Konkordat erst einmal gar nichts. Ausser, dass der Bundesrat seine Drohung umsetzt, was er auch bei einem Verbleib im HarmoS-Konkordat machen könnte, weil es nicht nur im Kanton St. Gallen Widerstand gibt. Tatsache ist zudem, dass elf Kantone dem Konkordat nicht beigetreten sind und die Verfassung auch so umsetzen können. Die Frage stellt sich, was man alles in den Verfassungsauftrag hineininterpretiert. Mit dem HarmoS-Austritt erhält das Volk wieder die Möglichkeit, über Initiativen und damit Volksabstimmungen Einfluss auf das Volksschulgesetz im Rahmen des Verfassungsauftrags zu nehmen. Scheinbar will die Allianz gegen den HarmoS-Austritt verhindern, dass das Volk wieder mitbestimmen kann. Aber dann ist diese Volksschule nicht mehr eine Schule vom und fürs Volk.

Lisa Leisi
Michelaustra. 29, 9615 Dietfurt

<http://www.tagblatt.ch/meta/epaper/epa5822.22355>

Tagblatt, 28. August 2016

HarmoS hilft im Falle eines Umzugs in einen anderen Kanton nicht weiter

Leserbrief zu: [«Lehrer zu werden ist kein Menschenrecht»](#)

Rektor Erwin Beck will nicht für den Austritt aus HarmoS stimmen. Seine Begründung: «HarmoS regelt, dass die Kantone zur gleichen Zeit mit einer Fremdsprache beginnen, so dass Kinder beim Umzug in einen anderen Kanton nicht gerade zwei Jahre nachholen müssen.» Es ist mehr als befremdlich, wenn ein PH-Rektor so etwas Unrichtiges schreibt. Selbstverständlich ist ihm bekannt, dass die einen Deutschschweizer Kantone in der Primarschule mit Französisch beginnen und die anderen Kantone mit Englisch. Wenn eine Familie also von St. Gallen ins Baselbiet oder nach Bern zieht, muss der Fünftklässler sehr wohl zwei Jahre Französisch nachholen. Das HarmoS-Konkordat hat zur Lösung dieser Frage nichts beigetragen. Pädagogisch sinnvoller ist der Weg, den der Thurgau oder Appenzell Innerrhoden gewählt haben: Mit der Verlegung einer Fremdsprache auf die Oberstufe bleibt in der Primarschule mehr Zeit für die wichtigen Grundlagenfächer Deutsch und Mathematik. Diese Freiheit haben unsere Nachbarkantone, weil sie wie viele andere dem HarmoS-Konkordat nicht beigetreten sind. Schliessen wir uns ihnen doch an und stimmen wir Ja zum HarmoS-Ausstieg.

Elisabeth Nussbaumer

Mehr dazu aus Sicht von Eltern: <http://sanktgallentv.ch/regionen/sanktgallentv/harmos-wieso-st-gallen-gehen-sollte>

Zürichsee-Zeitung, 27.8.2016

Köllikers Loblied auf die Schule verhallt fast ungehört

Statt Dutzende Stuhlreihen im grossen Kreuz-Saal reichten ein paar Holztische im Freien: Nur ein Dutzend Leute wollte Regierungsrat Stefan Köllikers Ausführungen zum Harmos-Konkordat hören.



Referierte in Rapperswil-Jona vor (fast) leeren Stuhlreihen:
Regierungsrat Stefan Kölliker. Bild: Keystone

Es hätte ein gigantischer Flop werden können: Da laden sämtliche Ortsparteien zu einem Informationsanlass mit dem Bildungsdirektor in den Stadtsaal ein – und dann bleiben die Vorstandsmitglieder und die Pressevertreter unter sich. Draussen fahren sie auf Velos der Jona entlang, die Väter und Mütter mit ihren Kindern. Für die Zukunft der Schule, für die Frage, ob St. Gallen aus dem Harmos-Konkordat austreten soll, interessieren sie sich an diesem Spätsommerabend offensichtlich kein bisschen. Doch Regierungsrat Stefan Kölliker (SVP) und Stadtrat Thomas Rüegg (FDP) lassen sich nicht verdriessen. Kurzerhand verlegen sie die Informationsveranstaltung auf die Terrasse, wo sich die Runde an Holztischen unter einem Sonnenschirm wiederfindet. Kölliker hält seine vorbereitete Rede im lockeren Rahmen, die Hälfte des anderthalbstündigen Abends ist für Fragen und Diskussionen reserviert.

Vom Gegner zum Befürworter

Gekommen ist der Bildungsdirektor, um über die Initiative des Vereins Starke Volksschule zu sprechen, die einen Austritt aus dem Harmos-Konkordat fordert. Dass Kölliker das Begehren vehement ablehnt, ist nicht ganz selbstverständlich. Das Konkordat, das für Durchlässigkeit im föderalistischen Schweizer Schulsystem sorgt und die Mobilität von Familien und Lehrpersonen erleichtern will, sei eine gute Sache, findet Kölliker heute. Er verhehlt jedoch nicht, dass er vor acht Jahren, als es um den St. Galler Beitritt zu Harmos ging, noch dagegen war. Die Bestimmungen zu Tagesstrukturen und Blockzeiten hätten in seinen Augen damals das Fuder überladen, sagt er. Doch St. Gallen habe das Ganze pragmatisch umgesetzt. «Mein Vorgänger Hans-Ulrich Stöckling hat gute Arbeit geleistet.» Mit seinem Nein zur Initiative setzt sich Kölliker auch von seiner Partei ab, hat die SVP-Fraktion doch 2014 eine Motion ins Kantonsparlament eingebracht, in der sie den Austritt aus Harmos forderte. Er werde nächste Woche an der Delegiertenversammlung einen Auftritt haben, verrät Kölliker. «Lassen wir mal offen, wie die Partei entscheiden wird.» Regierung und Kantonsrat lehnen den Austritt ab.

"Papi, geh zu diesen Leuten und sag denen, unsere Schule sei super und lässig." Bildungsdirektor Stefan Kölliker zitiert seine drei Kinder

Kölliker wirft den Initianten vor, dass sie den Kampf gegen das Harmos-Konkordat missbrauchen, um die St. Galler Volksschule permanent schlechtzureden. «Sie wollen das Rad zurückdrehen, dabei haben wir eine ausgezeichnete Volksschule.» Bei einem Ja zur Initiative befürchtet Kölliker weitere Angriffe, vor allem in der Fremdsprachenfrage. Erklärtes Ziel der Harmos-Gegner ist es, den Französischunterricht aus der Primarschule zu verbannen und den Lehrplan 21 zu verhindern. Dabei, so sagt Kölliker, gebe es in St. Gallen – anders als in anderen Kantonen – mit all dem gar keine Probleme. So seien 80 Prozent der Kinder im Französischunterricht gut unterwegs. Und die Lehrpersonen seien geradezu begeistert vom neuen Lehrplan, das spüre er in den Einführungsveranstaltungen immer wieder.

«Unsere Schule ist lässig»

Der SVP-Regierungsrat hält die Initiative für gefährlich, weil sie ein austariertes System zum Einsturz bringen könnte. Ein Harmos-Austritt lade den Bund geradezu ein, seine Drohung wahr zu machen, in wichtigen Bildungsfragen künftig das Heft vermehrt in die eigenen Hände zu nehmen und den Kantonen Vorschriften zu machen. Solche aber braucht St. Gallen nicht, wenn es nach Kölliker geht. Der Kanton sei im Bildungswesen mit an der Spitze, sagt er. Das zeigten Leistungsvergleiche auf allen Schulstufen. Zu guter Letzt führte der Regierungsrat seine drei schulpflichtigen Kinder als Zeugen an. Als er denen erzählt habe, dass es Leute gebe, welche die Schule schlecht fänden, hätten sie unisono geantwortet: «Papi, geh zu diesen Leuten und sag denen, unsere Schule sei super und lässig.»

<http://www.zsz.ch/obersee/koellikers-loblied-auf-die-schule-verhallt-fast-ungehoert/story/21432747>

TVO, 22.08.2016

St.Galler Regierung bläst zum Gegenangriff



[HarmoS-Austritt](#)

[Facebookseite HarmoS-Ausstieg SG](#)

KLV-Umfrage 2015: Über 80% der Lehrpersonen sind mit den HarmoS-Vorgaben nicht einverstanden.



Ausstieg aus HarmoS Kanton St. Gallen

26. August um 08:25 · 🌐

Umfrage «Fremdsprachen in der Volksschule»

Wie viele Fremdsprachen sollen in der Primarschule unterrichtet werden?

Keine Fremdsprache 3%

Eine Fremdsprache 50 %

Zwei Fremdsprachen 17%

Eine obligatorisch, eine Wahlfach 30%

Über 80% der Lehrpersonen finden, dass sich etwas ändern muss!

Online-Umfrage unter den Mitgliedern des KLV St. Gallen - Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerverband. 3035 der 5701 Mitglieder haben geantwortet. Veröffentlicht Verbandsbulletin 157, 2015 <http://klv-sg.ch/mitteilungsblaetter.html>...

Ein Ja zum HarmoS-Austritt gibt die Chance dazu!



Ausstieg aus HarmoS Kanton St. Gallen

23. August um 21:27 · 🌐

Offener Brief eines Lehrers an den Kantonalen Lehrerinnen und Lehrerverband:

Ich finde es nicht richtig, dass gesagt wird, die Lehrerschaft stehe geschlossen hinter der Nein-Kampagne.

Die Dreisprachigkeit in der Primarschule ist für viele Schüler eine enorme Belastung und ein pädagogisches Verbrechen.

Ich unterrichte seit 26 Jahren und werde dieser Vorlage klar zustimmen für mehr Deutsch und mehr musische Fächer, wie es sich für eine Primarschule gehört.

Freundliche Grüsse... [Mehr anzeigen](#)

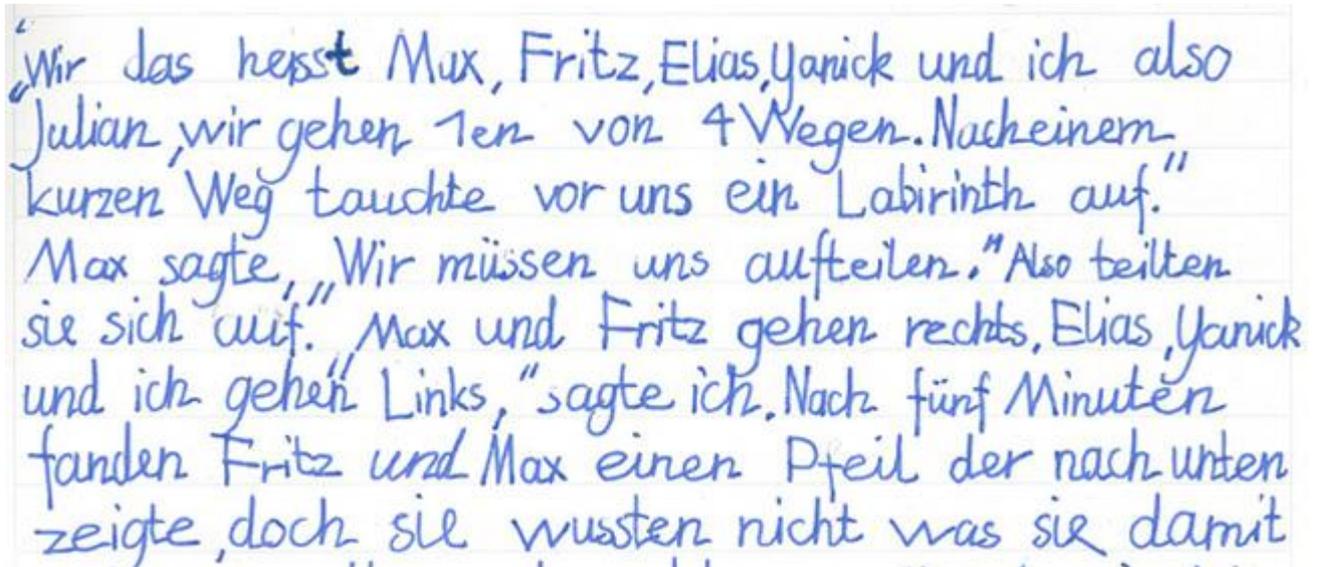
Verbandsbulletin KLV St.Gallen, Juni 2015

<http://klv-sg.ch/mitteilungsblaetter.html?file=files%2Fklv%2FDokumente%2FVerbandsbulletin%2FAusgabe+herunterladen+-+Juni+2015.pdf>

RADIO TOP, 22.08.2016

Einige Ostschweizer Schüler lernen bereits die Basisschrift

Obwohl die offizielle Einführung der Basisschrift erst für das nächste Schuljahr angesetzt ist, haben sich einige Gemeinden in den Kantonen St.Gallen und Thurgau bereits jetzt dazu entschieden, statt der Schnürlischrift die Basisschrift zu unterrichten.



Schriftbeispiel eines Viertklässlers (Bild: basisschrift.ch)

Die Basisschrift ist eine klare, schnörkellose Schrift, die es erlaubt, effizient und zügig zu schreiben. Anders als bei der Schweizer Schulschrift, auch als «Schnürlischrift» bekannt, muss man die Buchstaben nicht mehr verbinden. Die Basisschrift ist Teil des Lehrplan 21.

Im TOP-Sendegebiet haben die Kantone [Zürich](#) und [Schaffhausen](#) die Basisschrift bereits auf dieses Schuljahr hin eingeführt. Im Kanton St.Gallen und im Kanton Thurgau haben einzelne Schulgemeinden ebenfalls bereits diesen Sommer begonnen, die Basisschrift umzusetzen. Die Einführung muss jedoch erst bis Schuljahr 2018/19 abgeschlossen sein.

RADIO TOP hat in verschiedenen Schulen im Sendegebiet nachgefragt, wie der Umstieg von der Schnürlischrift auf die Basisschrift in der ersten Schulwoche gelaufen ist:

Link mit Audio und mehr Fotos zur Basisschrift

<http://www.toponline.ch/thurgau/detail/art/einige-ostschweizer-schueler-lernen-bereits-die-basisschrift-001714485/?m=1%3FcHash%3Df9d0be4c962bff0097008021a08e7ca5&cHash=589a946ce1bf8d084d2ae68eb5914b00>

Zürichsee-Zeitung, 24.08.2016

Zumikon schafft altersdurchmisches Lernen ab

Das altersdurchmischte Lernen hat in Zumikon keine Zukunft: Die Primarschule kehrt auf das Schuljahr 2017/18 zum Modell mit den Jahrgangsklassen zurück. Die Schulpflege begründet den Entscheid mit organisatorischen Herausforderungen und der kritischen Grundhaltung der Eltern.

Die Primarschule Zumikon kehrt auf das Schuljahr 2017/18 zum Modell mit den Jahrgangsklassen zurück.

Regula Lienin

Während Jahren stand es unter Beschuss, jetzt kündigt sich sein Aus an: Die Schulpflege Zumikon hat gestern mitgeteilt, per Schuljahr 2017/18 das altersdurchmischte Lernen (AdL) aufzugeben. Die Umstellung zum Modell mit den Jahrgangsklassen erfolgt im August 2017. Seit seiner Einführung 2010 war das AdL von teils massiver Kritik seitens Eltern begleitet. Diese erreichte im Juli 2014 ihren Höhepunkt, als eine Petition mit über 1000 Unterschriften die Rückkehr zu den Jahrgangsklassen forderte. Gibt die Schulpflege mit ihrem Entscheid dem Druck von aussen nach? Schulpräsident Andreas Hugi (FDP) verneint. «Aber wir haben die kritischen Stimmen immer sehr ernst genommen.» Es sei durchaus üblich, ein Schulmodell nach einem Zyklus – wie im vorliegenden Fall nach sechs Jahren – zu evaluieren und seine Schlüsse zu ziehen.

Drei Faktoren entscheidend

Ab Anfang Jahr liess die Schulpflege das AdL in einer internen Evaluation überprüfen. Unabhängig davon fand ab Juni eine freiwillige Zwischenevaluation der Primarschule durch die kantonale Fachstelle für Schulbeurteilung statt. Laut Andreas Hugi hat die Schulpflege sich im AdL-Entscheid von drei Faktoren leiten lassen, die sich bei beiden Evaluationen als zentral erwiesen hatten: Die Unterrichtsqualität, die Organisation sowie die Akzeptanz des Schulmodells.

Bei der Unterrichtsqualität überzeugte das altersdurchmischte Lernen, aber nicht in den anderen beiden Bereichen. «Wir sahen uns je länger je mehr vor grosse organisatorische und logistische Herausforderungen gestellt.» Dies im Zusammenhang mit der Stundenplan- und Pensengestaltung. Zudem habe der Kanton die Organisationsform AdL immer weniger unterstützt. Die kritische Grundhaltung vieler Eltern gegenüber dem altersdurchmischten Lernen schlug sich auch in der Evaluation nieder. Anders bei den Lehrern: «Sie haben sich in einer Befragung für die Beibehaltung des AdL ausgesprochen», sagt Andreas Hugi.

Der Schulpräsident sieht die Rückkehr zu den Jahrgangsklassen nicht als Rückschritt. Stattdessen spricht er von einer Weiterentwicklung der Primarschule. Denn Bewährtes der letzten Jahre werde weitergeführt. So sollen die Sozialkompetenzen der Schüler weiterhin ein Thema bleiben und die Zusammenarbeit über die einzelnen Schulstufen hinaus weitergeführt werden. Von der Umstellung sind 14 Klassen betroffen.

<http://www.zsz.ch/front/zumikon-schafft-altersdurchmisches-lernen-ab/story/17966369>

Siehe auch:

<http://www.nzz.ch/streit-um-altersdurchmisches-lernen-die-schule-zumikon-kehrt-zu-jahrgangsklassen-zurueck-ld.112587>

NZZaS, 21.8.2016

«Eine Abstimmung in der Sprachenfrage könnte verheerende Folgen haben»

Die oberste welsche Bildungsministerin kritisiert die Einmischung des Bundes im Sprachenstreit



«Englisch lernen die Jungen sowieso früher oder später»: Die Neuenburger Regierungsrätin Monika Maire-Hefti (sp.) in ihrem Büro. (27. Juli 2016) (GORAN BASIC / NZZ)

NZZ am Sonntag: Sie sind in der Deutschschweiz aufgewachsen. Wann haben Sie Französisch gelernt?

Monika Maire-Hefti: Erst in der Oberstufe – und vor allem später im Welschlandjahr.

Das hat ja offensichtlich bestens funktioniert. Man fragt sich, warum nun so viel Aufhebens um das Frühfranzösisch in der Deutschschweiz gemacht wird.

Damals war es noch eine ganz andere Zeit. Die Fremdsprachen waren generell kein grosses Thema an den Schulen, und die Konkurrenz durchs Englisch war noch nicht so gross. Wenn man eine Fremdsprache lernte in der Deutschschweiz, dann in erster Linie Französisch.

Heute scheinen die Nerven blank zu liegen, warum?

Weil sich die Sprachminderheiten im Land zunehmend an die Wand gedrängt fühlen. Es geht also vor allem um Befindlichkeiten in dieser Frage.

Nun hat sich Bundesrat Alain Berset in den nationalen Sprachenstreit eingemischt. Er strebt eine Bundeslösung an – vor allem, um das Frühfranzösisch zu verteidigen. Das dürfte Ihnen gefallen.

Als Regierungsrätin bin ich natürlich eine Verfechterin der kantonalen Souveränität. Darum stehe ich dieser Einmischung kritisch gegenüber. Aber wenn unsere Sprachkultur und unsere Mehrsprachigkeit aufs Spiel gesetzt werden, muss der Bund etwas unternehmen. Ich hoffe jedoch, dass wir die Intervention abwenden können, indem wir uns innerhalb der Erziehungsdirektorenkonferenz auf einen neuen Kompromiss einigen.

Warum?

Erstens, weil Schule eine kantonale Angelegenheit ist und keine Sache des Bundes. Und zweitens, weil mit einer Anpassung des Sprachengesetzes die Gefahr eines Referendums und damit einer nationalen Abstimmung in der Fremdsprachenfrage besteht. Wir müssen alles daran setzen, das zu verhindern.

Weshalb diese Furcht?

Im Moment ist die Stimmung in Schulfragen ziemlich stark aufgeheizt – vor allem wegen des Lehrplans 21. Es wird darum schwierig, eine differenzierte Diskussion zu führen.

Haben Sie Angst vor einem Nein der Deutschschweiz?

Eine Abstimmung in der Sprachenfrage könnte verheerende Folgen haben. Die welsche Schweiz ist in der Minderheit. Darum möchten wir das Risiko nicht eingehen, dass sich die Deutschschweizer von unserer Sprache ganz abwenden.

Würden sich umgekehrt die Welschen für das Frühdeutsch entscheiden? Es ist ja auch nicht gerade ihre Lieblingssprache.

Das stimmt zwar, doch zeigen die Welschen einen starken Willen, Deutsch zu lernen. Für sie ist es wichtig, weil sie ein wirtschaftliches Interesse haben.

Was können Sie tun, um eine Eskalation des Sprachenstreits zu verhindern?

Ich werde das Thema zuerst mit meinen welschen Kollegen diskutieren, und dann müssen wir versuchen, innerhalb der Erziehungsdirektorenkonferenz eine Lösung zu finden. Wenn wir uns auf einen guten Kompromiss einigen können, dem alle Kantone zustimmen, dann können wir vielleicht auch noch eine Bundesintervention abwenden. Wir können das Problem aber nur lösen, wenn wir etwas flexibler werden.

Wie würde ein solcher Kompromiss aussehen?

Man könnte den Kantonen mehr Freiheiten geben, wann sie innerhalb der obligatorischen Schulzeit mit welcher Fremdsprache beginnen. Das ist ja eigentlich auch nicht so ausschlaggebend. Was aber aus meiner Sicht zwingend ist, ist, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Schulkarriere ein gewisses Niveau in der zweiten Landessprache erreichen.

Das heisst Französisch müsste in der Deutschschweiz nicht mehr unbedingt in der Primarschule unterrichtet werden?

Oder Englisch. Das muss man dann thematisieren und diskutieren. Ich will natürlich, dass Französisch in der Reihenfolge zuerst kommt. Englisch lernen die Jungen sowieso früher oder später, weil es viel einfacher und allgegenwärtig in der heutigen Gesellschaft ist.

Mit welcher Position steigen Sie in die Diskussion mit Ihren Kollegen aus den anderen Kantonen?

Ich werde mich dafür einsetzen, dass weiterhin eine zweite Landessprache in der Primarschule gelehrt werden muss. Dafür könnte Englisch auch erst auf der Oberstufe unterrichtet werden. Das wäre ein möglicher Kompromiss. Auch darüber muss man sprechen. Doch alle haben Angst, auf diesem Gebiet innovativ zu sein. In der Politik sind die Sensibilitäten in der Sprachenfrage gross.

Der Streit um die Fremdsprachen in der Schule ist ja auch mehr ein politischer als ein pädagogischer, wie es scheint.

Ja und nein. Aus pädagogischer Sicht ist es sinnvoll, früh mit Fremdsprachen zu beginnen und diese auch möglichst intensiv zu lernen. Die Kinder sind dann freier einer neuen Sprache gegenüber und wenden sie ohne Hemmungen an. Dann entwickeln sie auch eher eine Liebe zu dieser Fremdsprache. Heute haben die Welschen keine Freude am Deutschen und die Deutschschweizer keine Freude an Französisch. Das heisst, dass da noch einiges nicht optimal ist und verbessert werden kann.

Interview: René Donzé

<https://epaper.nzz.ch/#article/8/NZZ%20am%20Sonntag/2016-08-21/10/51745070>

Tages-Anzeiger, 26.08.2016

«Wir müssen eine Grenze ziehen»

SP-Nationalrat Mathias Reynard befürchtet, dass das Schulfach Französisch in der Deutschschweiz verschwindet. Diese Sorge hält Alt-Bildungsdirektor Ernst Buschor für übertrieben.



Ernst Buschor und Mathias Reynard geben in der Sprache des jeweils anderen Auskunft. Video: Julia Richter, Raphaela Birrer, Salome Müller, Patricia Brun

Raphaela Birrer und Salome Müller

Wann hatten Sie zuletzt Schwierigkeiten, sich auf Deutsch oder Französisch auszudrücken?

Mathias Reynard: Das war bei meiner Eröffnungsrede im Nationalrat 2011. Mein Deutsch war damals sehr schlecht. Für mich war das ein Schlüsselmoment: Ich habe realisiert, dass ich die Sprache unbedingt besser lernen muss. Das habe ich dann auch gemacht.

Ernst Buschor: Bei mir war das kürzlich während eines Interviews mit einem Westschweizer Radio. Ich konnte nicht rasch sprechen und musste nach Worten suchen. Früher war mein Französisch viel besser, weil ich zwei Jahre in Frankreich gelebt hatte.

Die Schweiz führt zurzeit eine Diskussion über das Frühfranzösisch. Worum geht es eigentlich?

Buschor: Im Zentrum stehen zwei Fragen: Sollen in der Primarschule zwei Fremdsprachen gelernt werden? Und welche soll die erste sein?

Reynard: Seit 2004 gibt es einen Kompromiss der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Er sieht vor, dass die Kantone ab der dritten Klasse die erste Fremdsprache und ab der fünften Klasse die zweite einführen. Eine davon muss eine andere Landessprache sein. Die Romandie hält sich daran, in der Deutschschweiz wollen nun immer mehr Kantone davon abweichen und das Französisch erst in der Oberstufe einführen.

Aber worum geht es wirklich? Die Debatte verläuft sehr emotional.

Buschor: Dass Englisch in der Deutschschweiz mittlerweile als wichtigere Fremdsprache betrachtet wird, ist in der Romandie schwer zu verstehen. Schliesslich ist Englisch keine nationale Sprache.

Reynard: Die Mehrsprachigkeit ist das Wichtigste in unserem Land – le fondement. Ich möchte keine Schweiz, in der ein Zürcher und ein Walliser Englisch miteinander sprechen.

Buschor: Niemand bestreitet, dass die Mehrsprachigkeit wichtig ist. Auch der Thurgau nicht, der nun das Frühfranzösisch abschaffen will. Dort müssen die Schüler bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit ebenfalls Französisch beherrschen – dazu sind alle Kantone verpflichtet. Ab wann genau die Kinder die Sprache lernen, ist zweitrangig.

Für Bundesrat [Alain Berset](#) ist dies auch eine Frage des nationalen Zusammenhalts.

Buschor: Der Zusammenhalt hängt doch von viel gewichtigeren Faktoren ab – zum Beispiel davon, wie das wirtschaftliche Potenzial im Land verteilt ist. Anders als etwa im zweisprachigen Belgien zeigen sich solche Unterschiede in der Schweiz nicht zwischen den Sprachgebieten. Finanzstarke und -schwache Kantone sind auf alle Landesteile gleichermassen verteilt.

Reynard: Aber bei dieser Frage geht es doch um mehr als nur den Wortschatz, den man in der Schule lernt. Eine Fremdsprache steht für eine andere Kultur, eine vision du monde. Die Schüler in der Westschweiz sollen wissen: Wir sind nicht nur Romands, in der Schweiz gibt es verschiedene Kulturen, und die sollten wir kennen.

Und den Deutschschweizern fehlt dieses Bewusstsein?

Reynard: In manchen Kantonen mangelt es eindeutig an Sensibilität. Die Thurgauer zum Beispiel verletzen uns damit, dass sie das Französisch auf die Oberstufe verschieben wollen. Als Sekundarlehrer weiss ich, dass es für die Schüler schwierig ist, eine andere Landessprache zu lernen. Es braucht die Jahre in der Primarschule, um ausreichend Sprachkompetenz zu erlangen. Zudem kann man doch ein Fach nicht einfach abschaffen, nur weil es keinen Spass macht. Oder sollen wir auch auf Mathematik verzichten?

Buschor: Machen Sie sich keine Sorgen: Kantone wie Thurgau, Uri oder Appenzell Innerrhoden werden sich längerfristig an den EDK-Kompromiss halten. Denn für kleinere Kantone ist es auf Dauer zu teuer, nur für die Oberstufe ein eigenes Lehrmittel zu entwickeln.

Reynard: Es geht aber nicht mehr nur um diese Kantone, sondern um eine allgemeine Tendenz, die uns besorgt. Mittlerweile sind vielerorts Initiativen hängig, die den Sprachenkompromiss aushebeln wollen.

Buschor: Trotzdem wird es nicht zu einem Flächenbrand kommen. Letztlich werden sich die Kantone auf die gemeinsam beschlossene Sprachenpolitik besinnen. Lassen wir ihnen doch noch etwas Zeit.

Nehmen die Deutschschweizer mit ihren Beschwichtigungen die welschen Bedenken zu wenig ernst?

Reynard: Es gibt eine Ausgeglichenheit in der Schweiz, aber sie ist sehr fragil. Damit müssen wir behutsam umgehen. Dass der Kanton Thurgau das Frühfranzösisch abschaffen will, empfinden wir Romands als arrogant. Das bedeutet nämlich, dass er unsere Sprache nicht für nötig hält.

Buschor: Mit dieser Ausgeglichenheit spielen wir Deutschschweizer ja auch nicht. Englisch eignet sich einfach besser als Einführungssprache – das richtet sich nicht gegen die Romands. Die Sprachenfrage wird von der Westschweiz zu ideologisch und zu wenig faktenbasiert diskutiert.

Reynard: Das stimmt nicht. Tatsache ist, dass die Kantone sich 2004 auf den Sprachenkompromiss geeinigt haben. Und jetzt macht plötzlich jeder Kanton, was er will. Der Bund hat deshalb die Pflicht einzugreifen. So steht es in der Verfassung.

Buschor: Die Appenzell Innerrhoder weichen zwar schon heute vom Sprachenkompromiss ab; Französisch beginnt dort erst in der Oberstufe. Davon hat die Schweiz keinen Schaden genommen. Kritischer würde es, wenn ein grosser Kanton wie Zürich ausscheren würde. Dennoch bin ich gegen einen Eingriff des Bundes in die kantonale Bildungshoheit – aber für den EDK-Kompromiss.

Reynard: Die obligatorische Schulzeit ist Sache der Kantone, da gebe ich Ihnen recht. Aber wir haben auch eine Bundesverfassung. Und dort ist festgehalten, dass die Kantone das Schulwesen harmonisieren müssen. Diesen Bildungsartikel hat die Bevölkerung 2006 mit einer grossen Mehrheit von 86 Prozent gutgeheissen. Wird dieses Ziel nicht erreicht, muss der Bundesrat eingreifen.

Buschor: In der Bundesverfassung steht aber nicht, dass Französisch in der Primarschule unterrichtet werden muss, sondern nur, dass bestimmte Ziele für alle Kantone gelten. Wenn der Bundesrat nun ein neues Gesetz erlassen will, wird mit Sicherheit das Referendum ergriffen. Viele Deutschschweizer würden bei einer Volksabstimmung gegen einen Zwang zum Frühfranzösisch stimmen. Nicht weil sie das Französisch nicht wollen, sondern weil sie dagegen sind, dass sich der Bund in unserem föderalistischen System in die Primarschule einmischt. Und dann haben wir endgültig einen Sprachenkrieg, in dem es nur Verlierer gibt. Davor habe ich Angst.

Reynard: Ich nicht – im Gegenteil. Ich bin sicher, dass wir eine Abstimmung gewinnen würden. Denn die Mehrheit der Bevölkerung ist für die Harmonisierung des Schulwesens: Das hat sie 2006 mit dem Ja zum Bildungsartikel schon einmal gezeigt.

Buschor: Die SVP wird aber den Abstimmungskampf führen – und eine föderalistische Lösung fordern.

Reynard: Die Parteilite vielleicht schon. Ausgerechnet die Oberpatrioten! Aber was ist das für

ein Patriotismus, wenn Englisch dem Französisch vorgezogen wird? Die SVP-Parteibasis hingegen ist für die Landessprache, weil sie weiss, wie wichtig diese für den nationalen Zusammenhalt ist.

Ist Englisch in der Deutschschweiz heute wichtiger als Französisch?

Buschor: Eltern und Schüler finden Englisch relevanter.

Reynard: Englisch ist zwar einfacher zu lernen. Studien belegen aber, dass für die Schweizer Wirtschaft Französisch wichtiger ist.

Buschor: Da habe ich andere Erfahrungen gemacht. Als Bildungsdirektor hatte ich intensiven Austausch mit der Zürcher Handelskammer. Für die Wirtschaft war Englisch schon damals, in den 90er-Jahren, prioritär. Gehen Sie doch einmal durch die Bahnhofstrasse in Zürich, da hören Sie nur Englisch! Der Rektor der Pädagogischen Hochschule Zürich macht sich Sorgen, weil nur wenige angehende Primarlehrer Französisch wählen. Und zweisprachige Gymnasien sind nur mit Englisch gefragt. Da muss die Politik gegensteuern und dem Französisch einen hohen Stellenwert geben.

Dass Französisch an Stellenwert verloren hat, haben Sie, Herr Buschor, als Bildungsdirektor mitverursacht. Zürich hat in den 90er-Jahren als erster Kanton das Frühenglisch eingeführt.

Buschor: Trotzdem würde ich es wieder gleich machen. Sonst würden wir noch heute darüber diskutieren, ob und wie das Frühenglisch eingeführt werden soll. Ich hatte damals überhaupt kein Problem, für den Schulversuch an Geld zu kommen – die Zürcher Wirtschaft beteiligte sich grosszügig an den Kosten.

Reynard: Das war keine gute Lösung. Der Zürcher Beschluss spielt in der aktuellen Debatte immer noch eine Rolle. Zuerst wollten die Zürcher in der Primarschule Französisch erst nach dem Englisch einführen. Und jetzt soll Französisch in anderen Kantonen sogar erst auf der Sekundarstufe unterrichtet werden. Was folgt als Nächstes? Gar kein Französisch mehr, ist ja klar!

Buschor: Nein, sicher nicht. Noch einmal: Niemand entscheidet sich gegen das Französisch. Die Lektionenzahl wird auch in jenen Kantonen, die Französisch erst in der Oberstufe unterrichten wollen, bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit ähnlich sein.

Reynard: Aber wie soll das funktionieren? Würde dann der Stundenplan in der Oberstufe 50 Lektionen pro Woche umfassen? Fakt ist doch: Wenn mehr Französischstunden eingeführt werden sollen, ginge das zwangsläufig auf Kosten anderer Fächer. Und auf welche? Mathematik, Deutsch, Sport?

Buschor: Nein. Dann wird das Englisch reduziert.

Reynard: Englisch ist aber auf der Sekundarstufe auch sehr wichtig.

Sie streiten über den richtigen Zeitpunkt, um Französisch einzuführen. Dabei wäre doch die Didaktik für den Lernerfolg viel entscheidender.

Buschor: Ja, der Fremdsprachenunterricht muss dringend besser und moderner werden. Da bestehen noch viele didaktische Defizite. Die Forschung zeigt, dass sowohl die Deutsch- als auch die Westschweizer Schüler den Sprachunterricht langweilig finden. Die Lektionen müssten lockerer und dialogorientierter sein. Wahrscheinlich ist der Schaden, der dadurch entsteht, viel grösser als jener durch den Sprachenstreit.

Reynard: Absolut. Dafür braucht es aber mehr Geld. Das Potenzial wäre gross: Man könnte zum Beispiel in Austauschprogramme zwischen der Deutsch- und der Westschweiz investieren. Im Wallis machen wir das schon: Jedes Jahr habe ich einige Schüler aus dem Oberwallis in meiner Klasse.

Viele Deutschschweizer finden, dass die Welschen schlecht Deutsch sprächen. Herr Reynard, Sie selbst haben die Sprache erst als Nationalrat gelernt. Hat der Schulunterricht nichts gebracht?

Reynard: Mein Deutsch ist nicht perfekt, aber ich verstehe die Sprache und kann ein bisschen sprechen. Das ist doch das Wichtigste. Als Nationalrat konnte ich nur so schnell Deutsch lernen,

weil bereits in der Primarschule und im Gymnasium die Grundlage dafür gelegt worden ist.

Buschor: Darum ist es ja auch unbestritten, dass in der Deutschschweiz auch im Gymnasium das Französisch gleichwertig wie das Englischniveau sein soll. Wir müssen in den Anschlussausbildungen den Stellenwert von Französisch hochhalten.

Reynard: Aber nicht alle Schüler gehen ins Gymnasium. Darum ist es sehr wichtig, dass sie die Sprache schon in der obligatorischen Schule lernen.

Buschor: Natürlich ist das wichtig. Aber wann genau sie damit beginnen, spielt eine untergeordnete Rolle. Und in der Berufslehre, die immerhin 60 Prozent der Jugendlichen absolvieren, wird Französisch auch unterrichtet.

Das Französisch könnte ja in unzufriedenen Kantonen versuchsweise in die Oberstufe verschoben werden. Eine Evaluation würde dann Fakten für die Diskussion liefern.

Reynard: Wie soll es möglich sein, innert drei Jahren die gleichen Ziele zu erreichen wie in sieben Jahren?

Buschor: Appenzell Innerrhoden hat das bereits untersucht und festgestellt, dass das Niveau gleichwertig ist. Sie konzentrieren das Zürcher Lehrmittel auf drei Jahre. Es ist also möglich.

Reynard: Das wirkt wie eine Lotterie, wenn jeder Kanton macht, was er will. Wir können nicht mit den Schülern und der Bevölkerung spielen. Als Politiker müssen wir eine Grenze ziehen. Das ist unsere Aufgabe.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Wir-muessen-eine-Grenze-ziehen/story/14599888#mostPopularComment>

Blick, 18.08.2016

Lehrmittel von Coop, Nestlé und Co. Sponsoren stürmen die Schule Schüler begegnen im Klassenzimmer immer mehr Unterrichtsmaterialien, die von Sponsoren aus der Privatwirtschaft stammen. «Eine Kontrolle gibt es nicht», sagt der oberste Lehrer Beat W. Zemp.

Andrea Hohendahl

Wie ist das, wenn Jugendliche Schulden machen? Wie finden sie aus dieser Spirale wieder raus? An den Schulen wird schon früh auf das Verständnis von Geld gesetzt. Schliesslich verfallen gerade die Jugendlichen dem Konsumwahn.

Zum Thema gibt es Lehrmittel mit praktische Übungen und Tests. Laut einem Bericht der [«Handelszeitung»](#) üben 15-Jährige Kids aus einer Zürcher Oberstufenklasse das Haushalten mit Geld auf Übungsblättern von Money-Mix. Dahinter steckt die Raiffeisenbank.

Kein Einzelfall

Diese Art von Sponsoring im Klassenzimmer ist längst kein Einzelfall: Auch [Coop](#), Fielmann, [Nestlé](#) oder Swissmilk, die Marketing-Plattform der Milchproduzenten, bieten spezifische Lehrmittel an. Sie übernehmen die Herstellung der Lehrmittel auf eigene Kosten.

Die Plattform [Kiknet.ch](#) hat sich auf wirtschaftliche Lehrmittel spezialisiert. Die Lernstoffe reichen von der Kindergarten- bis zur Sekundarstufe. Etwa 40'000 Downloads pro Monat verzeichnet die Website. 170 Sponsoren zählt die Lernfirma.

Trotzdem werde die Neutralität der Inhalte garantiert, sagt die Firma gegenüber der «Handelszeitung». Die didaktische Aufbereitung geschieht durch Pädagogen. Pikant: Diese sollen bei Kiknet.ch unter Vertrag stehen.

Keine Kontrolle

[Lernetz.ch](#) heisst eine weitere Schweizer Firma, die sich auf interaktive Lehrmittel spezialisiert. 50 Sponsoren zählt dort die Kundenliste, mit Firmen wie [ABB](#), [Credit Suisse](#) oder [SBB](#).

Was meint der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer der Schweiz (LCH) zum Thema Sponsoring im Schluzimmer? «Eine Kontrolle gibt es nicht», stellt LCH-Präsident Beat W. Zemp (61) fest. Die Verantwortung für den Einsatz von gesponserten Lehrmitteln liege bei den Lehrpersonen. So sehen es die LCH-Richtlinien vor. Darüber hinaus ist es Sache der Kantone, die Zulassung solcher Lehrmittel zu bestimmen. Und: «Das Sponsoring ist per se nicht gut oder schlecht.»

So oder so: Gesponserte Lehrmittel stehen hoch im Kurs. Gerade deshalb, weil die öffentlichen Schulen immer stärker unter Sparzwang stehen. Für die Sponsoren ein Segen: Das Branding mit den Lehrmitteln sichert ihnen den Zugang zur Kundschaft von morgen.

<http://www.blick.ch/news/wirtschaft/lehrmittel-von-coop-nestle-und-co-sponsoren-stuermen-die-schule-id5392543.html>

Bildung braucht Beziehung

Von [Carl Bossard](#),

Allen Reformen zum Trotz: Die Lehrer-Schüler-Beziehung bleibt die unhintergehbare Bedingung für gute Lebensperspektiven der Schüler.

Die Persönlichkeit des Lehrers beeinflusst das Sozialverhalten, die Beziehung zur Lehrerin macht es aus, sagt eine umfangreiche Cambridge-/ETHZ-Studie. Die Forscher zeigen sich überrascht. Weniger erstaunt sind erfahrene Lehrpersonen.

Lehrer-Schüler-Verhältnis im wissenschaftlichen Fokus

Das pädagogische Leben spielt sich in den Beziehungen ab. Lernen ist Beziehungshandeln, ist intersubjektives Geschehen. Wir erleben darum Schule und Unterricht als wertvoll in Beziehungen – zum Lehrer, zur Lehrerin, zur Sache und zu den Inhalten, zu Kolleginnen und Freunden. Das ist nicht neu. Und doch muss man es immer wieder in Erinnerung rufen, weil der Tatbestand vergessen geht. Strukturen und das Dogma des selbstorganisierten Lernens scheinen heute vielerorts wichtiger zu sein als die Persönlichkeit der Lehrperson und die Beziehungsebene.

Wie wirkt sich die Lehrer-Schüler-Beziehung auf das Sozialverhalten von Kindern und Jugendlichen aus? Dieser Frage ging seit 2004 ein Forscherteam der Cambridge University in England und der ETH Zürich nach. Die Langzeitstudie „z-proso“ stützte sich auf Daten von über 1'400 Zürcher Kindern. Seit ihrem Eintritt in die Primarschule wurden sie regelmässig befragt, ebenso ihre Eltern und Lehrpersonen.

Beziehung als Gewaltprävention

Das soziale Verhalten war der alleinige Kontrollfokus dieser Studie. Alle anderen Effekte blendete sie bewusst aus. Der Klassenwechsel beim Übertritt in die vierte Primarstufe half. Die Forscher bildeten 600 Zweierteams. Vor dem Lehrer- und Klassenwechsel glichen sich die Kinder in möglichst vielen der über hundert Parameter ihres persönlichen Profils. Nach dem Stufenwechsel unterschieden sich die jeweiligen Tandempartner allein in ihrem Verhältnis zur Lehrkraft.

Die Dauer des Experiments liess die Effekte einer guten beziehungsweise schlechten Lehrer-Schüler-Beziehung auf das Sozialverhalten überprüfen. Die Studie machte eines deutlich: Ein gutes Verhältnis zur Lehrperson reduziert die Aggressivität wesentlich. Und es trägt mindestens ebenso stark zu einem positiven Sozialverhalten bei wie die üblichen Präventionsprogramme, fügen die Forscher hinzu. Positive Lehrerbeziehungen machen Schüler friedlich, könnte man etwas salopp formulieren.

Der hohe Effektwert des „pädagogische Bezugs“

Die Erkenntnisse des international zusammengesetzten Forscherteams sind wichtig; das ist unstrittig. Dass sie aber wissenschaftliches „Erstaunen“ auslösen, überrascht. Versierte Lehrerinnen, engagierte Lehrer legten schon immer grossen Wert auf eine tragfähige Beziehung zu ihren Schülerinnen und Schülern. Sie wussten: Am Wirkfaktor Lehrer-Schüler-Beziehung hängt bedeutend mehr als „nur“ gutes Sozialverhalten. Damit verbunden sind das Klassenklima, die Klassenführung, heute „Classroom-Management“, und die Lernprozesse generell.

Die Beziehungsebene oder der „pädagogische Bezug“, wie man früher sagte, spielt im Unterricht eine zentrale Rolle. Darum gilt es als unbestritten: Eine Atmosphäre des Vertrauens und Zutrauens, der Fürsorge und des Wohlwollens ist unverzichtbar für Bildung und schulische Leistung. Eine einfache pädagogische Wahrheit.

Was zählt, ist der einzelne Lehrer und sein Unterricht

Auf die Lehrpersonen und die Qualität ihres Unterrichts kommt es an. Diese simple Tatsache spielt in der öffentlichen Debatte heute kaum eine Rolle. Vor lauter Reden und Reformen, vor grossräumigem Gezänk und Getöse um Frühsprachen und Lehrplan 21 wird schnell vergessen, was die Kinder mehr prägt als ein Kompetenzenportfolio oder altersdurchmischtes Lernen: die Lehrerpersönlichkeit.

Auf diesen wichtigen Wirkzusammenhang weist der neuseeländische Bildungswissenschaftlers John Hattie in seiner weltweit beachteten Studie „Visible Learning“ (1) hin: Unterricht hängt entscheidend von dem Faktor ab, den eine frühere Literatur die „Lehrerpersönlichkeit“ nannte. Die Political Correctness verbietet den Ausdruck, und doch trifft er zu.

Lehrer-Schüler-Beziehung mit hoher Effektstärke

Lehrerinnen und Lehrer bringen ihre Persönlichkeit in den Unterricht ein – und nicht einfach ihr Wissen oder, wie es heute heisst, ihre „professionelle Kompetenz“. Und zu dieser Persönlichkeit bauen Kinder eine vertrauensvolle Beziehung auf. Vertrauenswürdig und glaubwürdig muss darum der Lehrer sein. Das ist das Fundament jeder Schüler-Lehrer-Beziehung. Sie stimuliert das Lernen und erzielt nach Hattie einen der höchsten Effektwerte.

Unterricht hat per se eine dialogische Struktur; Lernende und Lehrende begegnen sich im Schulstoff. Der Unterricht wird so zum sozialen Austausch zwischen Personen, zum „meeting of minds“, wie es der amerikanische Philosoph John Dewey nannte. Darum kommt es nicht einfach auf den einzelnen Lehrer an, sondern auf den Umgang zwischen ihm und seiner Klasse. Gutes, unterstützendes Klassenklima bewirkt viel – genauso wie die humane Energie des Lehrers für seinen Beruf.

Unterricht als Miteinander – in guter Atmosphäre

John Hattie fordert in seiner Mammut-Studie normativ ein, was er empirisch nachweisen kann. Das ist der Grund, warum er so viel Wert auf die „schülerzentrierte“ Lehrerin, den „leidenschaftlichen“ Lehrer legt. Für eine solche Lehrperson werden die Lernenden zum Ausgangspunkt des Lehrens. Entscheidend ist für sie der Erfolg ihrer Kinder. Bei ihr dominiert die Einsicht, dass Unterricht ein Miteinander ist. Beide Seiten sind aufeinander angewiesen.

Basis dieses Miteinanders ist eine gute und vertrauensvolle Beziehung zwischen der Lehrperson und ihren Schülerinnen und Schülern. Sie ist nicht nur effektive Gewaltprävention, wie die Cambridge-/ETH-Studie belegt, sondern eine *Conditio sine qua non* wirksamen und nachhaltigen Lernens. Das bestätigt jede Bildungsbiographie. Der grosse Philosoph Sir Karl R. Popper widmet die Memoiren nicht umsonst seiner Lehrerin Emma Goldberger. Ihrem Unterricht und der Beziehung zu ihr verdanke er sein ganzes Denken und damit eigentlich alles, schreibt er. Bildung braucht (auch) Beziehung.

Hattie John (2009), Visible Learning. London, New York: Routledge. / Hattie John/Beywl Wolfgang & Zierer Klaus (2013), Lernen sichtbar machen. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.

<https://www.journal21.ch/bildung-braucht-beziehung>